

Etatrede der Mannheimer Liste 2012 / 2013

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, meine Herren Bürgermeister,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Einleitung

Die Etatverhandlungen finden in diesem Jahr unter deutlich erfreulicheren Aspekten statt als dies in der vergangenen Periode der Fall war. Die düsteren Prognosen haben sich nicht bestätigt, die deutsche und damit auch die Mannheimer Wirtschaft haben sich erholt. Als Folge davon hat sich die Haushaltslage weiter entspannt.

Durch diese Entwicklungen haben wir mehr finanziellen Spielraum. Dies ist Fluch und Segen zugleich, da mit dem etwas „weiteren“ Anzug auch gleichzeitig die Begehrlichkeiten wachsen.

Deshalb dürfen wir nicht in den Fehler verfallen, die augenblickliche positive Situation zu weiteren Ausgaben anstelle von Einsparungen zu benützen. Wir können uns hier an der Bibel orientieren. Schon der Pharao wusste, dass auf die sieben fetten Jahre unweigerlich sieben magere Jahre folgen werden, für die man in den guten Zeiten Vorsorge treffen muss.

Wir müssen jetzt handeln!

Daher unsere Forderung: Wann, wenn nicht jetzt ?

- Weshalb bremsen wir jetzt nicht die Ausgaben für Personal- und Sachmittel?
- Weshalb passen wir jetzt nicht die Investitionstätigkeit der aktuellen Situation an?
- Weshalb nehmen wir jetzt noch neue Kredite auf?
- Weshalb richten wir jetzt ein 5. Dezernat ein?

Wir können in diesen Etatverhandlungen zeigen, dass es uns mit der Konsolidierung unserer Finanzen ernst ist.

Gewerbesteuer

SPD und Grüne haben mit Ihrem Antrag, die Gewerbesteuer zu erhöhen, etwas geschafft, was wir schon lange nicht mehr erlebt haben. Die Bürger schauen voller Spannung auf die Etatberatungen. Das sonst so trockene Zahlenwerk hat durch den Antrag eine ungeahnte Attraktivität erfahren. Bürger und Presse diskutieren jetzt schon die möglichen Konsequenzen.

Die Reaktionen auf den Antrag sind dabei eindeutig. Sie reichen von energischen Protesten bis zu kompletter Verständnislosigkeit, was aber niemanden überraschen dürfte, denn: **Es gibt kein wirtschaftlich vertretbares Argument für diesen Antrag, aber eine Fülle von Argumenten dagegen.**

1. Mit unserem Gewerbesteuersatz liegen wir heute schon in der Spitzengruppe der Städte unseres Landes, nach der Erhöhung wären wir absoluter Spitzenreiter. Dies könnte verheerende Folgen haben, denn alle Umlandgemeinden, die mit uns um Ansiedlungen konkurrieren, können mit einem niedrigeren Satz locken.

2. Große Betriebe werden sicherlich nicht von heute auf morgen wegen der Höhe der Gewerbesteuer ihren Sitz verlegen oder Mitarbeiter entlassen, da diese Firmen aber langfristig planen und die Konzernzentralen häufig nicht in Mannheim lokalisiert sind, wird bei künftigen Investitionen oder Einstellungen dieser Gesichtspunkt aber durchaus eine Rolle spielen. Es ist unnötig zu sagen, dass wir uns den ganzen oder teilweisen Verlust weiterer großer Firmen unter gar keinen Umständen leisten können.
3. Die Konversion wird in absehbarer Zeit neue Flächen bieten, von denen zumindest ein Teil für die Ansiedlung von neuen Betrieben genutzt werden sollte. Im Rahmen der Konversion werden wir mit allen Mitteln versuchen müssen, neue Betriebe nach Mannheim zu locken, eine Anhebung der Gewerbesteuer ist für diese Betriebe ein eindeutiges Signal dafür, dass bei der Stadt Mannheim die wirtschaftliche Vernunft nur eine untergeordnete Rolle spielt.
4. Kleinen und mittleren Betrieben, die die Steuer stärker trifft, fällt ein Umzug wesentlich leichter und hier handelt es sich nicht um Drohungen, sondern schon um konkrete Überlegungen, von Feudenheim nach Ilvesheim ist es nur ein kurzer Weg.
5. Im Wählerbarometer des MM haben 80% der Befragten eine Steuererhöhung abgelehnt.

Diese Bürger haben offensichtlich ein wesentlich besseres Gespür für die wirtschaftliche Lage als die Antragsteller. Die Wirtschaft hat sich von der Krise allmählich wieder etwas erholt, es wird investiert, die Beschäftigung steigt, die Gewerbesteuereinnahme liegen in diesem Jahr mehr als 50 Millionen Euro über der Schätzung der Stadt. Anstelle diesen positiven Trend zu unterstützen, versuchen SPD und Grüne der Wirtschaft einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Die Reaktion der Wirtschaft ist eindeutig. Mit Bezeichnungen wie „katastrophal“ und „entsetzt“ hat eine Koalition aus IHK, Handwerkskammer, BdS, Arbeitgebervertreter Südwestmetall, Bauwirtschaft Nordbaden und Einzelhandelsverband auf diese ihrer Meinung nach wirtschaftlich unsinnige Initiative reagiert.

Ein Blick auf die Argumentation der Antragsteller ergibt keine nachvollziehbaren Gründe für eine mögliche Zustimmung. Im Antrag der SPD wird ein solidarischer Beitrag der großen Betriebe gefordert. Dabei wird verkannt, dass viele Betriebe in den schwierigen Zeiten erfolgreich versucht haben, Arbeitsplätze zu halten und mit diesen Mitarbeitern heute wieder mehr Steuern als vorher erwirtschaften.

Die Antragsteller vergessen vollständig den Mittelstand, der einen großen Teil der wirtschaftlichen Kraft in diesem Land darstellt. Diese Betriebe haben sich ohne Hilfe durch die Krise gearbeitet und bekommen allmählich wieder Boden unter die Füße. Und in diesem Moment, in dem man gerade wieder einmal Luft holen kann und die Existenzbedrohung geringer geworden ist, genau in diesem Augenblick kommen SPD und Grüne und erhöhen ohne Not die steuerliche Belastung. Jeder Mittelständler muss sich durch diese Aktion brüskiert und verhöhnt vorkommen.

Während bei der SPD noch ein in ihrer Geschichte verankerter ideologischer Unterbau erkennbar ist, ist der Antrag der Grünen ein weiterer Schritt in ihrer selbstverschuldeten politischen Demontage. Nachdem die Wähler schon das würdelose Gerangel um den 5. Bürgermeisterposten verständnislos registriert haben, muss diese wirtschaftlich sinnlose Entscheidung auch dem letzten Wähler deutlich vor Augen führen, dass die von den Grünen lange propagierte Sorge um die Bürger durch ein kompromissloses politisches Machtstreben abgelöst worden ist.

Es kommt ein weiterer Gesichtspunkt dazu:

Bei den engen Abstimmungsverhältnissen könnten Sie, Herr Oberbürgermeister, eventuell die entscheidende Rolle spielen. Sie haben sich eindeutig gegen eine Anhebung der Gewerbesteuer ausgesprochen.

Wir rechnen mit Ihrer Unterstützung!

Im Übrigen schließen wir uns den Anträgen der CDU an, die **Grundsteuer** sukzessive von 450 auf 400 Punkte zu reduzieren. Auch hier ist die Ansiedlungsqualität diesmal auch der Wohnbevölkerung betroffen.

Auch der Antrag, die **Vergnügungssteuer** über den von der Verwaltung hinaus geforderten Satz von 20% auf 25% zu erhöhen, findet unsere Unterstützung.

Auf die Erhöhung der Grunderwerbsteuer haben wir als Kommune keinen Einfluss. Allerdings haben sich offensichtlich die Hoffnungen, aus diesem Topf einen größeren Anteil für den Pakt der Familie zu erhalten, nicht in dem erhofften Ausmaß erfüllt. Nach den neuesten Angaben werden hier statt der erwarteten 12 Mio. € nur 9,2 Mio. € an die Stadt überwiesen werden, so dass sich dieser Ansatz um die Differenz verschlechtert.

Personal

Die ML hat als einsamer Rufer in der Wüste in den letzten Etatdebatten immer wieder und mit großem Nachdruck auf den ungebremsten Anstieg der Personalkosten der Verwaltung hingewiesen und betont, dass dadurch langfristig unsere finanzielle Handlungsfähigkeit massiv eingeschränkt wird.

Genutzt haben unsere Warnungen leider überhaupt nichts. Im Gegenteil !

In den letzten 5 Jahren sind etwa 600 weitere Stellen hinzugekommen. Von 5357 Beschäftigten in den Jahren 2006/2007 ist ein Anstieg auf 5977 in 2012 / 2013 erfolgt, die Kosten sind von 206 auf 262 Mio. € angestiegen.

Hierbei handelt es sich nicht nur, wie gebetsmühlenartig von der Verwaltung behauptet wird, um Stellen im Bereich Kinder / Jugend / Familie, Soziale Sicherheit und Bildung. An diesen Stellen ist der Einsatz von neuen Mitarbeitern größtenteils gesetzlich vorgeschrieben und unumgänglich. Dies wird auch von uns nicht bestritten.

Eindeutig erkennbar und nicht ohne weiteres zu rechtfertigen ist aber der Zuwachs an Personal in den Spitzen einiger Dezernate, wir haben dieses Zitat schon einmal gebraucht: **“Die Köpfe sind weniger geworden, dafür ist der Hals dicker“**, und wie wir alle wissen, wird selbst der eingesparte Kopf unnötigerweise wieder ersetzt.

Die neuen Aufgaben der Bewältigung der Konversion können hier nicht als Entschuldigung dienen, da diese in der ausgeweiteten Personalausstattung der letzten Jahre ja noch gar nicht berücksichtigt sind.

Wenn man sich die Personalausstattung der bestehenden Dezernate ansieht, kann man abschätzen, was hier an zusätzlichen Ausgaben mit einem fünften Dezernat auf uns zukommen wird. Und dies ist keine einmalige Investition sondern eine Belastung auf Dauer.

Die Summe von 500.000 €, die von der Verwaltung angegeben wird, erscheint niedrig, außerdem haben neue Dezernate in der Verwaltung die Eigenschaft, um es medizinisch zu sagen, sich durch ungeschlechtliche Teilung unkontrollierbar zur vermehren.

Geradezu erschreckend ist der Zuwachs in den oberen Besoldungsgruppen. Wir haben 13 Stellen in B2, 14 Stellen in A16 und 36 Stellen in A 15. Man fragt sich heute schon, was aus diesen Mitarbeitern werden soll, wenn sich, aus welchen Gründen auch immer, an der Spitze der Verwaltung einmal personelle Veränderungen ergeben sollten.

Besonders in Ihrem Dezernat, Herr Oberbürgermeister, findet sich allmählich eine Machtkonzentration, die nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Öffentlichkeit und in der Presse Aufsehen erregt hat und die zumindest nach außen den Eindruck erweckt, dass das OB Dezernat durch Übernahme von neuen Aufgaben zu Lasten der anderen Dezernate gestärkt und ausgebaut wird. Wir sind uns im Klaren darüber, das wir dies nicht ändern können, es sollte aber einmal auch in diesem Rahmen deutlich darauf hingewiesen werden.

Aufgrund der besorgniserregenden Personalentwicklung haben wir einen Antrag eingebracht, in dem wir eine deutliche Reduktion der Personal- und Sachkosten im Rahmen dieses Haushalts fordern. Unseres Erachtens kann auf einige Kostenstellen komplett verzichtet werden, andere könnten im Umfang deutlich reduziert werden.

Finanzen

Die Meldungen über die Finanzen wurden in letzter Zeit ununterbrochen korrigiert, erfreulicherweise mit wenigen Ausnahmen, zum Besseren hin.

Trotzdem ist die augenblickliche Entlastung kein Grund, die Situation schön zu reden, das zeigt ein Blick in die aktuellen Zahlen.

Die Gewerbesteuereinnahmen werden im Jahr 2012 auf 264 Mio. € und im Jahr 2013 auf 271 Mio. € geschätzt. Diese Summen sind nach der aktuellen wirtschaftlichen Situation durchaus nachvollziehbar, sind aber verständlicherweise von der wirtschaftlichen Lage in der Zukunft abhängig, sie können daher bei einem Konjunkturunbruch innerhalb kurzer Zeit schon Makulatur sein.

Der Kämmerer berichtete vor kurzem, dass sich nach den letzten Schätzungen auf Grund der Zuweisungen und des Finanzausgleich eine voraussichtliche Verbesserung der Ergebnisse um insgesamt 70 Millionen Euro ergeben werden. Konsequenterweise werden 37 Millionen Euro von diesen Mehreinnahmen zur Schuldentilgung eingesetzt, wodurch sich erfreulicherweise die Kämmereiverschuldung in den kommenden Jahren gegenüber den Schätzungen reduziert.

Dabei gibt es einen zusätzlichen positiven Effekt durch den Rückgang der Belastungen durch kreditähnliche Geschäfte im Haushalt, was vor allem durch den Rückgang der Belastung für die Werthaltigkeitsgarantie für die Sparkasse und die verminderten Belastungen für die SAP Arena bedingt ist.

Trotz der verbesserten Einnahme -Situation werden im Jahr 2012 11 Millionen Euro an neuen Krediten und im Jahr 2013 sogar 34 Millionen Euro an neuen Krediten aufgenommen werden. Durch die Kreditaufnahme werden die positiven Entwicklungen zum Teil wieder zunichte gemacht.

Der finanzielle Spielraum der Stadt wird leider durch einen weiteren Faktor noch weiter eingeengt. In den nächsten Jahren kommt es zu einer Abschmelzung unserer finanziellen Rücklagen von 91,5 Mio. € in 2011 auf 38 Mio. € in 2013 und der Trend wird ungebrochen weitergehen.

Wir haben in diesen Haushaltsberatungen noch die Chance, durch richtige Entscheidungen den Kurs noch zu ändern.

Investitionen

In der Krise der vergangenen Jahre waren die Investitionen Maßnahmen, die deutlich zur Stützung der Wirtschaft beigetragen haben, sie haben auch ihr Ziel erreicht.

Die wirtschaftliche Vernunft würde gebieten, dass in Zeiten finanzieller Entlastung das Instrument Investitionen zurückgefahren wird, um, falls notwendig, in finanziell schwierigen Zeiten wieder steuernd einzugreifen. Dies ist im vorliegenden Haushalt nicht der Fall.

Im Gegenteil: Die Investitionen steigen in 2012 und 2013 auf jeweils über 100 Millionen Euro.

Dem gegenüber ist eine Absenkung in den zu erwartenden schwierigen Jahren eingeplant, was wirtschaftlich keinen Sinn macht.

In Anbetracht der bisher noch nicht übersehbaren Belastungen durch die Konversion erscheint eine Zurückhaltung bei der Investitionsplanung dringend angezeigt.

Deshalb schlagen wir folgende Änderungen vor:

Verschiebung des 2. Bauabschnitts Mafinex 7,3 Mio. €

Die Institution Mafinex wird von uns nach wie vor kritisch gesehen, trotz unbestreitbarer Erfolge einzelner Firmen, die aus dem Programm hervorgegangen sind, fehlen nach wie vor belastbare Angaben, über die Zahl der langfristig noch am Markt befindlichen Firmen nach Ausscheiden aus dem Mafinex - Programm. Auch ist nicht klar, wie viele Firmen sich nach wie vor in Mannheim befinden. Die Zusammenlegung mit dem Musikpark ist auch ein Hinweis darauf, dass Mafinex für sich allein keine Daseinsberechtigung hat. Im Übrigen wird Mafinex von selbständigen Unternehmern der Stadt als subventionierte Konkurrenz angesehen. Die Tatsache, dass zum Bau

Subventionen eingesetzt werden ist noch kein Grund, den Bau nicht zumindest zu verschieben.

Verschiebung des Ansatzes der Maßnahmen Schönau um 50% auf 6,9 Mio. €.

Die Sanierungsarbeiten die hier vorgesehen sind, müssen inzwischen unter dem Gesichtspunkt Konversion gesehen werden. Die Übernahme von Benjamin Franklin Village, die unbedingt angestrebt werden soll, wird ein koordiniertes Vorgehen notwendig machen. Aus diesem Grund scheint eine prophylaktische Verschiebung des geplanten Zuschuss um 50% hier angezeigt.

Neugestaltung der Planken

Verschiebung von 6 Mio. € in die Haushaltsjahre 2014/2015

Während der beiden Großereignisse (Katholikentag und Deutsches Sportfest) sollten Baumaßnahmen in den Planken nicht stattfinden. Da die Baumaßnahmen im Quadrat Q6/Q7 zu einer massiven Beeinträchtigung der Zu- und Abfahrtsituation in der Innenstadt führen werden, erscheint eine Kombination dieser Baumaßnahmen mit den Eingriffen in den Planken kontraproduktiv.

Aufgabe Projekt Radweg Bismarckstrasse 1,2 Mio. €

Der unverhältnismäßige Aufwand für eine Maßnahme, die die ohnehin schon schwierige Verkehrssituation in diesem Bereich noch verschlimmern wird, erscheint entbehrlich.

Kinder, Jugendhilfe, Bildung

In einem Land wie der Bundesrepublik, die im Vergleich zu anderen Ländern über deutlich größere Mittel verfügt, muss die Frage der Bildung ein Hauptanliegen sein. Ohne adäquate schulische Bildung ist ein Bestehen im immer komplizierter werdenden Erwerbsleben nicht vorstellbar. Dies gilt für Kinder deutscher Herkunft, aber in besonderem Maße für Kinder mit Migrationshintergrund, die häufig deutlich schwerere Startbedingungen haben. Ein Rückgang der Qualität der in der Schule erworbenen Fähigkeiten wird in den letzten Jahrzehnten sowohl von Ausbildern wie auch Lehrkörpern der Universitäten und Fachhochschulen beklagt. Zu den wesentlichen Aufgaben einer Kommune gehört es daher, die notwendigen Werkzeuge zur Verfügung zu stellen.

Diese Aufgabe gestaltet sich in Mannheim durch den hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund besonders schwierig. Deshalb ist unter diesen Umständen ein ganz besonderer Wert auf die frühzeitige, im Idealfall vorschulische, Erlangung einer ausreichenden Sprachkompetenz zu achten. Hier sind auch die Eltern einzubeziehen und zu fordern.

Die Stadt Mannheim hat sich in den vergangenen Jahren finanziell stark eingebracht und mit dem Unterstützungsmodell Schule sowie dem Programm Quadratkilometer Bildung Maßstäbe gesetzt. Durch Versäumnisse im Dezernat und teilweise unkoordiniertes Vorgehen, sowie häufig fehlender Abstimmung mit den Freien Trägern, ist es im vorschulischen Bereich zu gravierenden Versäumnissen gekommen, die jetzt in kürzester Zeit aufgearbeitet werden müssen, um die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen. Unbefriedigend ist die Haltung der Landesregierung, von der wir die Einhaltung des Konnexitätsprinzips bei der Kleinkinderbetreuung einfordern, das im Moment für 2014 versprochen ist und damit viel zu spät kommt.

Die ML unterstützt alle Maßnahmen zur Schaffung adäquater Bedingungen im Bereich der Kinderbetreuung. Die im Haushalt eingestellten Mittel sollten sichern, dass zumindest die Zielquote von 35% im Krippenbereich in allen Stadtteilen bis 2013 erreicht wird.

Dazu ist es notwendig, dass die Freien Träger an dieser Aufgabe weiter aktiv beteiligt werden. Die ML hat kein Verständnis, wenn die Verteilung der Plätze nach einem nicht einsehbaren Schlüssel völlig ungleich über das Stadtgebiet erfolgt. Der erreichte Durchschnittswert sagt dann nichts über die Verteilung im Stadtgebiet aus, die im Augenblick eine deutliche Benachteiligung des Mannheimer Südens zeigt.

Eine logische Fortsetzung der Bemühungen, in möglichst vielen Fällen Kindererziehung mit Berufstätigkeit zu vereinbaren, setzt darüber hinaus die Bereitstellung von Hortplätzen voraus. Diesem Bereich muss verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Schulen

Alle politischen Entscheidungsträger sind sich einig, dass eine gute Schulausbildung die Basis ist für die spätere Entwicklung.

Mehrere Schulsysteme konkurrieren mit einander und man muss klar Stellung beziehen, welche Schulen wir für die Kinder Mannheims wollen.

Die ML ist für den weiteren Ausbau von Ganztageschulen. Damit wird nachhaltig die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützt.

Die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen lehnen wir strikt ab.

Die konkrete Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule ist derzeit noch völlig unklar und unausgegoren.

Durch das Zusammenlegen von Haupt- und Realschule sowie Gymnasium zu einem Klassenverband von Klassenstufe 5 bis 10 unabhängig von Leistungsstärken wird man der individuellen Förderung jedes einzelnen Schülers in keiner Weise gerecht. Noch dazu bei einem geplanten Klassenteiler von 28.

Völlig unklar ist auch die Umsetzbarkeit der Gemeinschaftsschule, da Lehrkräfte für solch eine Art von Unterricht weder dafür ausgebildet noch Voraussetzungen für eine Ausbildung geschaffen wurden.

Auf die Stadt als Schulträger kommen Investitions- und Folgekosten in unbekannter Höhe zu.

Die Gemeinschaftsschule tritt offenbar ohne Not die Konkurrenz zu den bereits bestehenden Schularten in Mannheim an. Die Einrichtung und der zügige Ausbau von Ganztageschulen und Werkrealschulen sollten in Mannheim absoluten Vorrang haben.

Das Thema **Inklusion** nimmt einen immer größer werdenden Platz in unserer Gesellschaft ein. Soziale Inklusion betrifft keineswegs nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch Senioren, Migranten, Kinder und Jugendliche mit besonderer Herausforderung. Die Verwaltung der Stadt Mannheim wird aufgefordert, verwaltungsintern die notwendigen Prozesse zu installieren und zu steuern.

5. Dezernat

Die ML ist ganz entschieden gegen eine Erweiterung der Dezernate. Selbst nach Aussagen des OB besteht kein sachlicher Grund, dieses Dezernat neu einzurichten. Eine Repräsentanz der Parteien im Gemeinderat wäre auch bei Beibehaltung der alten Dezernatsstruktur möglich gewesen. Der Bezug auf die

Gemeindeordnung, ein schwacher Versuch, das machtpolitische Vorgehen legal zu rechtfertigen. Die Einrichtung erfolgt ohne Rücksicht auf die entstehenden Kosten und insbesondere ohne Rücksicht auf die Mitarbeiter, die schon durch die erste Dezernatsreform und den Change² Prozess genügend belastet sind.

Die ML empfindet die Einrichtung des 5. Dezernats als überflüssig und belastend von der Kostenseite.

Konversion

Das Thema Konversion ist in kurzer Zeit zu einem der wichtigsten Diskussionspunkte in der Stadt geworden. Die Tatbestände sind klar, durch den Wegzug der Amerikaner werden beträchtliche Flächen an die Stadt zurückfallen. Die Diskussion wird geprägt von den Verhandlungen mit der BIMA, die offensichtlich bisher einen kompromisslosen Standpunkt der maximalen Gewinnabschöpfung vertritt.

Die ML lehnt nach wie vor den Ankauf der gesamten Konversionsflächen ab. Über einen Ankauf sollte nur nachgedacht werden, wenn die Instrumente des Planungsrechts keinen nachhaltigen Einfluss auf die Ausgestaltung und Entwicklung zulassen. Unsere diesbezüglichen Fragen hat die Verwaltung bis heute nicht beantwortet.

Es besteht kein Zweifel, dass das Gelände Benjamin Franklin Village auf jeden Fall von der Stadt erworben werden muss, um nachteilige Entwicklungen auf die soziologische Zusammensetzung der Stadt zu verhindern.

Die Mannheimer Liste sieht in der Aufgabe der US – Militärgelände und der nachfolgenden Konversion eine einmalige Chance für Mannheim.

Die baden-württembergische Großstadt mit den wenigsten Frei- und Waldflächen erhält eine Planungsreserve von über 500 ha. Darüber hinaus entstehen Möglichkeiten durch Ausweisung von Wohngebieten für gehobenen

Wohnungsbau und zusätzlichen Gewerbeflächen vorhandene Defizite der Stadt zu beheben. Dabei muss die Stadt die Steuerung über ihre Planungshoheit ausüben.

Die ML fordert deshalb:

- Die Gelände der Spinnelli Barracks (Feudenheim) sind für zusätzliche Freiflächen (mindestens 1/3 für Grünzug Feudenheim/Käfertal Süd/Vogelstang) bei Arrondierung der Randflächen Käfertal-Süd und Feudenheim für Einfamilienhäuser-Wohnungsbau geeignet.
- Bei Coleman Barracks ergeben sich weitere große potentielle Freiflächen für Waldpflanzungen und kleine Siedlungserweiterungen (Scharhof/Blumenau).
- Die Hammond Barracks (Seckenheim) sind als Standort für gehobenen Wohnungsbau geeignet um weiteren Wegzug von Besserverdienenden an Berg- und Weinstraße zu verhindern. Hier sollte die Stadt Mannheim einen Geländeankauf prüfen.
- Taylor Barracks bieten sich als Gewerbegebiet zwischen zwei schon heute bestehenden Gewerbegebieten an.
- Benjamin Franklin Village muss mit Hilfe des Landes durch Stadt und GBG angekauft werden um drohende Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt und die Gesamtstruktur der Stadt zu vermeiden. Dies ist ein kompletter Stadtteil.

Bei allen Entscheidungen ist darauf zu achten, dass Gemeinderat und Bürgervertretungen zeitnah informiert und soweit möglich, in den Entscheidungsprozess einbezogen werden.

Bundesgartenschau

Die ML begrüßt die Bewerbung der Stadt Mannheim zur Ausrichtung der Bundesgartenschau. Hierzu hat die ML einem dieser Rede beigefügten Diskussionsvorschlag mit dem Motto „Mensch-Natur-Technik“ erarbeitet. Dieser beinhaltet einen Grünzug vom Luisenpark bis Vogelstang.

Kultur

Die Verwaltung unternimmt zurzeit Anstrengungen, die Marke Mannheim zu etablieren. Bei der Suche nach positiven Aspekten wird neben den günstigen Verkehrsverbindungen an vorderster Stelle immer wieder das kulturelle Angebot als Argument ins Feld geführt. Dies ist eine Herausforderung, der die Stadt bisher gut nachgekommen ist. Kunst und Kultur erfahren hier eine Förderung, wie sie nicht in allen Städten ähnlicher Größenordnungen zu finden ist.

Erfreulicherweise erfahren wir hier Unterstützung durch die neue Baden-Württembergische Ministerin für Wissenschaft und Kunst Theresia Bauer, die bei einem Besuch in Mannheim versprach, trotz finanzieller Zwänge und dem Ziel der Begrenzung der Verschuldung „Bildung, Wissenschaft und Kunst“ besonders zu fördern. **Ein lokales Sparprogramm würde sicherlich die Bereitschaft der Landesregierung zur kulturellen Unterstützung konterkarieren.**

Die ML steht voll hinter der Unterstützung des Nationaltheaters, die Bemühungen, Staatstheater zu werden sollten weiter fortgesetzt werden. Der Entschluss der Landesregierung, Mannheim in eine Kategorie mit den Staatstheatern einzugruppieren ist ermutigend, die Landesregierung hat dem NT in der Vergangenheit auch schon zusätzliche Unterstützung gewährt, wir rechnen weiter mit dieser Art von Förderung.

Wir unterstützen die Initiative „Theater der Welt“ nach Mannheim zu bringen. Der Kunsthalle ist durch die großzügige Spende des Ehepaars Hector die Möglichkeit gegeben, eine großzügige Lösung ihrer Raumprobleme anzugehen. Die Steuerung über eine Stiftung sollte es möglich machen, eine engere Kostenkontrolle durchzusetzen, als dies bei der sonst üblichen Praxis möglich ist.

Die REM haben sich durch die bewundernswerten Initiativen ihres Leiters Prof. Wieczorek sowie durch die dankenswerte Unterstützung durch die Curt Engelhorn Stiftung zu einem national und international renommierten Kulturinstitut entwickelt, das jegliche Unterstützung verdient.

Das Technoseum hat in den letzten Jahren durch bauliche Erweiterungen und eine einfallsreiche Ausstellungsplanung einen festen Platz in der Kulturszene eingenommen.

Die Freie Szene hat in den letzten Jahren großzügige Unterstützung erfahren. Zu bemängeln ist eine ungenügende Transparenz im Hinblick auf die Ausgaben. Hier sollte eine weitere Förderung nur erfolgen, wenn ganz klare Vorlagen über die Verwendung der Gelder vorliegen, aus denen hervorgehen sollte, dass der Großteil des eingesetzten Kapitals für künstlerische Projekte und nicht für Mieten und Gehälter ausgegeben wird.

Ein Zentrum der darstellenden Künste wird wegen der fehlenden konkreten Konzeption und den nicht absehbaren Kosten zurzeit abgelehnt.

Wir befürworten eine Investitionszulage für das Oststadttheater, die Betreiber verlieren durch den Umbau der Kunsthalle ihr Domizil, in das in den letzten Jahrzehnten viel eigenes Geld geflossen ist, die Stadt hat in der Vergangenheit angeboten, bei der Suche nach einer neuen Spielstätte zu helfen, wir sollten zu diesem Wort stehen.

Das Internationale Filmfestival Mannheim / Heidelberg hat sich eine Reputation erarbeitet, die die Stadt Mannheim in dieser Szene weltweit bekannt gemacht hat. Wir beantragen einen zusätzlichen jährlichen Zuschuss von 30.000 €, um diese konstruktive Arbeit weiter fortzusetzen.

Sport

Der Sport spielt in unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle. Sowohl unter präventiv-medizinischen Gesichtspunkten auf die Volksgesundheit bezogen, wie auch unter sozialen Gesichtspunkten, wie auch unter integrativen Gesichtspunkten hat der Sport eine zentrale Stellung.

Hinzu kommt noch, dass viele der Aufgaben im Sport von ehrenamtlichen Mitarbeitern übernommen und durchgeführt werden.

Die ML unterstützt daher die Initiative der CDU, die Zuschüsse zum Bau und zur Sanierung von Sportstätten um 600.000 € auf 1 Million Euro zu erhöhen.

Die geplante Erhöhung der Gebühren für Sportstätten lehnen wir ab.

NKHR

Wir bedanken uns bei der Verwaltung für die Vorlage des Etats nach den Vorschriften des NKHR.

Es war eine gewaltige Aufgabe, insbesondere, da erstmals Managementziele und Zielvereinbarungen eingebaut wurden. Den dafür notwendigen zeitlichen Aufwand kann man nur erahnen. Die Managementziele der einzelnen Dezernate und Abteilungen unterscheiden sich teilweise ganz erheblich in der konkreten Ausformung und der denkbaren strategischen Umsetzung. Da die einzelnen Dezernate und Fachbereiche in der Zukunft an diesen Zielen gemessen werden sollen, wird es sicherlich in den nächsten Monaten noch zahlreiche Fragen zu diesem Aspekt des Haushalts geben.

Zusammenfassung

Die Mannheimer Liste vertritt folgende Positionen:

- 1. Senkung der Personal- und Sachkosten**
- 2. Ablehnung der Gewerbesteuererhöhung**
- 3. Kein 5. Dezernat**
- 4. Senkung der Grundsteuer**
- 5. Anhebung der Vergnügungssteuer**
- 6. Verschiebung von Investitionen zum Ausgleich des Haushalts**

Sehr herzlich bedanke ich mich bei meinen Kollegen Rolf Dieter, Michael Himmelsbach und aus dem Vorstand der Mannheimer Liste bei Margit Leser, Christopher Probst und Karl-Heinz Trautmann für die Unterstützung und Hilfe bei der Vorbereitung zu den Etatberatungen und der Abfassung der Haushaltsrede.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Anlage

Diskussionsvorschlag für Bundesgartenschau